

### **Freiflächen nutzen – Radverkehr in der Innenstadt ausbauen (04.02.2013, Antragssteller: Junge Liberale Düsseldorf)**

Der FDP Kreisverband Düsseldorf sieht die fortschreitenden Arbeiten an der Wehrhahn-Linie mit großer Freude. Die durch ihren Bau entstehenden Möglichkeiten zur Oberflächengestaltung wollen wir nutzen, um das große Potential des Radverkehrs im Innenstadtbereich zu entwickeln. Zu diesem Zweck soll geprüft werden, ob auf dem durch den Wegfall der oberirdischen Bahntrassen freiwerdende Platz auf der Elisabeth/Kasernenstraße und der Friedrichstraße/Breite Straße durchgehende Radstreifen vom Bilker-S-Bahnhof bis zur Heinrich-Heine-Allee angelegt werden kann

**Antrag wurde angenommen!**

### **Verkauf Rheinbahn Wohnungen: Mieterrechte wirklich wirksam vollumfänglich schützen (04.02.2013, Antragssteller: Peter Dietlmaier, Jan Matthes)**

Die FDP Düsseldorf begrüßt die Entscheidung der Rheinbahn AG, sich im Zuge der weiteren Fokussierung auf das Kerngeschäft von den über die Rheinbahn Immobilien GmbH gehaltenen Werkwohnungen trennen zu wollen.

Dabei gilt es die heutigen Mieterrechte und mögliche soziale Standards für die 830 Wohnungen der Rheinbahn Immobilien GmbH vollumfänglich nachhaltig und rechtssicher zu wahren. Hierzu zählen u.a. Kündigungsschutz vor Eigenbedarf und wirtschaftlicher Verwertung, Verzicht auf Umwandlungen in Eigentumswohnungen für einen angemessenen Zeitraum, Schutz vor unangemessenen Mieterhöhungen, Ausschluss von Luxusmodernisierungen für Bestandswohnungen.

Eine entsprechende Vereinbarung ausschließlich in einem möglichen Kaufvertrag zwischen dem Verkäufer und dem Käufer ist hier nicht ausreichend, da ein Dritter bei einem möglichen Weiterverkauf der Wohnungen an die Absprachen im Zweifelsfall nicht mehr gebunden, wie Beispiele aus der Vergangenheit zeigen.

Die FDP Düsseldorf spricht sich daher dafür aus, dass die Mietrechte und sozialen Standards in den einzelnen Mietverträgen durch Zusatzverträge aufgenommen werden. Dieses muss Bestandteil des Kaufvertrages sein. Nur auf diesem Weg werden diese Rechte auch bei einem möglichen Weiterverkauf durch den Ersterwerber vollumfänglich gewahrt.

Bei Nicht-Umsetzung, spricht der Fortschreibung der Mieterschutzklauseln in den Mietverträgen durch den Käufer nach Abschluss der Transaktion, muss eine Rückabwicklung bei empfindlichen Vertragsstrafen möglich sein.

**Der Antrag wurde angenommen!**

### **Stadtparkasse Düsseldorf: Stadt am Geschäftserfolg durch angemessene Ausschüttung beteiligen (04.02.2013, Antragssteller: Ortsvorstand des Ortsverbandes 5)**

Die FDP Düsseldorf unterstützt die Erwartung der FDP Ratsfraktion, dass die Stadtparkasse Düsseldorf die Stadt Düsseldorf auch für das abgelaufene Geschäftsjahr angemessen an dem erfolgreichen Geschäftsverlauf über eine entsprechende Ausschüttung beteiligt, da sie als faktischer „Lender of Last Resort“ („Kreditgeber der letzten Zuflucht“) auch an den Risiken beteiligt ist.

Grundsätzlich spricht sich die FDP Düsseldorf dafür aus, dass die Stadtparkasse Düsseldorf offen und transparent ihre Gewinne ausschüttet, anstatt nach eigenen Standards, und für die Öffentlichkeit nur bedingt transparent, Gewinne für regionale Projekte zu verwenden.

**Dem Antrag wurde angenommen**

### **Fahrrad-Parkhäuser für Düsseldorf (02.03.2013, Antragssteller: Junge Liberale Düsseldorf)**

Die FDP Düsseldorf begrüßt privatwirtschaftliche Initiativen zur Errichtung von anwohnerbezogenen Klein-Parkhäusern für Fahrräder. Wir fordern die Ratsfraktion auf, an geeigneten Orten auf eine Freigabe öffentlichen Raumes zugunsten der Parkhäuser hinzuwirken.

**Antrag wurde angenommen!**

**Masterplan für ein Regierungsviertel (02.03.2013, Antragssteller: Dr. Robert Orth MdL)**

Die FDP Düsseldorf spricht sich dafür aus, langfristig ein echtes Regierungsviertel in Landtagsnähe zu schaffen und sich hierzu auch zu bekennen.

Die Liberalen fordern die Landesregierung auf, den Mut zu haben, offen auszusprechen, dass man ein Regierungsviertel plane. Hierzu sollte die Landesregierung auf die Stadt Düsseldorf mit einem „Masterplan Regierungsviertel“ zugehen, um die notwendigen planerischen Grundlagen abzusprechen. Von einem geplanten Regierungsviertel profitieren Stadt und Land gleichermaßen.

Die FDP Düsseldorf begreift es als Chance, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, die sich durch den bereits erfolgten Ankauf des ehemaligen Vodafone-Hochhauses und den geplanten Umzug des Innenministeriums in ein WestLB-Gebäude erstmals bieten. Bestandteil des Masterplans soll es sein, das Gelände rund um das bisherige Innenministerium nach dessen Abriss für einen Neubau eines oder mehrerer anderer Ministerien zu nutzen. Langfristig sollte auch eine in Landesbesitz befindliche Staatskanzlei rheinnah errichtet werden.

**Antrag wurde angenommen!**

**Stadtsparkasse Düsseldorf soll sich auf das Kerngeschäft einer regional tätigen Bank konzentrieren (02.03.2013, Antragssteller: Kreisvorstand)**

Die FDP Düsseldorf spricht sich im Sinne einer soliden, starken und leistungsfähigen Stadtsparkasse Düsseldorf dafür aus, dass sich das Kreditinstitut ausschließlich auf sein Kerngeschäft konzentriert und nur noch Geschäfte tätigt und Beteiligungen eingeht bzw. hält, die im Interesse des Unternehmens sind.

Aus Sicht der FDP Düsseldorf zählen hierzu nicht Beteiligungen, wie diese an der Landesbank Berlin (LBB), die nach Angaben der Stadtsparkasse Düsseldorf alleine in 2012 einen Wertberichtigungsbedarf in Höhe von 12 Mio. Euro verursacht und bereits in Vorjahren zu Wertberichtigungen geführt hat .

Vor diesem Hintergrund sollten nach Ansicht der FDP Düsseldorf alle Beteiligungen der Stadtsparkasse Düsseldorf auf ihre wirtschaftliche Bedeutung und Sinnhaftigkeit im Interesse des Unternehmens geprüft werden.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf sollte sich von Beteiligungen, die nicht zum Kerngeschäft zählen und nicht im Unternehmensinteresse sind, konsequent trennen.

Hierzu zählen aus Sicht der FDP vor allem auch unrentable Beteiligungen, die vornehmlich aus Verbandsinteressen eingegangen wurden, wie beispielsweise die Beteiligung an der LBB. Ein wie auch immer geartetes Interesse Dritter, wie dies eines Verbandes, darf nicht über das Unternehmensinteresse gestellt werden und damit die Leistungsfähigkeit der Stadtsparkasse beeinträchtigen.

**Antrag wurde angenommen!**

**Die FDP Düsseldorf fordert Professionalisierung der Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen (02.03.2013, Antragssteller: Kreisvorstand)**

Die FDP Düsseldorf fordert eine weitere Professionalisierung der Aufsichtsräte von Unternehmen, die

sich teilweise oder komplett in Besitz der öffentlichen Hand befinden. Die jüngsten Beispiele wie Flughafen Berlin, Stuttgart 21, aber auch die ehemalige WestLB und anderer Landesbanken, verdeutlichen Schwächen in der Arbeit von Aufsichtsräten in Unternehmen der öffentlichen Hand.

Im Sinne einer weiteren Professionalisierung der Aufsichtsgremien in diesen Unternehmen fordert, die FDP konkret:

- Eine qualitative Nachbesserung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes von 2009, die zumindest dem Niveau entspricht, das heute schon für börsennotierte Unternehmen gilt.
- Die Einführung entsprechender verbindlicher Kodizes für gute Unternehmensführung für Unternehmen auf Landes- und kommunaler Ebene.
- Eine weitere Professionalisierung bei der Besetzung von Aufsichtsgremien, die sich in erster Linie an dem fachlichen Bedarf in den Gremien auszurichten hat. Auch bei der Berufung von Aufsichtsräten von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, muss der Grundsatz gelten, Fachverstand vor Politikproporz.
- Auch Aufsichtsratssitze in Unternehmen, die sich teilweise oder komplett in Besitz der öffentlichen Hand befinden, müssen ausschließlich persönliche Mandate sein. Die übliche Vertretungsmöglichkeit von politischen Mandatsträgern in Aufsichtsräten bei Sitzungen durch Beamte entspricht nicht dem Standard guter Unternehmensführung und gilt es abzuschaffen.
- Im Sinne einer Gleichbehandlung aller Aufsichtsräte gilt es, etwaige besondere Haftungsbeschränkungen für Aufsichtsräte in Unternehmen, die sich teilweise oder komplett in Besitz der öffentlichen Hand befinden, abzuschaffen.

**Antrag wurde angenommen!**

#### **Ombudsperson (10.04.2013, Antragssteller Peter Dietlmaier)**

Der Kreisvorstand benennt ein Mitglied des Vorstands zur Ombudsperson für Beschlüsse des Kreisparteitags, Kreishauptausschusses und des Kreisvorstands. Aufgabe der Ombudsperson ist es, die Umsetzung und Weiterbearbeitung der jeweiligen 7 Beschlüsse zu monitorieren und den Status an den Kreisvorstand regelmäßig zu berichten.

**Antrag wurde vom Kreisvorstand angenommen!**

#### **Düsseldorfs Schullandschaft stärken – städtische Gymnasien errichten (03.07.2013, Antragssteller Junge Liberale Düsseldorf)**

Durch eine konsequente Wirtschaftsförderung wird Düsseldorf weiter an Attraktivität und Lebensqualität gewinnen, sodass die Einwohnerzahlen Düsseldorfs wie auch der umliegenden Kommunen wachsen werden. Dabei ziehen viele junge Familien in die Stadt. Langfristig werden der Stadt ca. 650.000 Einwohner prognostiziert. Diese Familien brauchen nicht nur passenden Wohnraum, sondern auch für ihre Kinder ein wohnortnahes, differenziertes Bildungsangebot. Dabei ist die Anzahl der weiterführenden Schulen mit der Möglichkeit zur Absolvierung des Abiturs in Bezug auf die Einwohnerzahl im Vergleich mit anderen Großstädten NRWs in Düsseldorf gering. Es bedarf deswegen eines Ausbaus.

Wir sprechen uns daher dafür aus, zwei weitere Gymnasien im Stadtgebiet zu errichten. Um die Maßnahme kurzfristig umsetzen zu können, sollte dabei möglichst auf den Neubau eines Gebäudes verzichtet werden.

**Antrag wurde angenommen!**

#### **Arbeitnehmerpauschbetrag zum 01.01.2014 erhöhen (03.07.2013, Antragssteller Ortsverband 1 und Arbeitskreis Wirtschaft/Finanzen/Steuern)**

Dass der Kreisverband Düsseldorf zum nächsten Landesparteitag den Antrag stellt,

dass der Arbeitnehmerpauschbetrag (gemäß § 9a EStG) zum 01.01.2014 von 1.000,- EUR auf 1.100,- EUR erhöht wird.

**Antrag wurde angenommen!**

### **Liberales Bürgergeld (03.07.2013, Antragssteller Ortsverband 1 und Arbeitskreis Schule/Jugend/Soziales)**

Die FDP-Düsseldorf begrüßt ausdrücklich das Konzept des liberalen Bürgergeldes, und fordert von der Bundestagsfraktion, sich in der kommenden Legislaturperiode eindringlicher mit diesem innovativen Modell der Sozialsicherung und Arbeitsmarktengliederung zu beschäftigen (z.B. durch die Bildung einer fraktionsübergreifenden Kommission) und gleichzeitig – wenn möglich im Rahmen einer weiteren Regierungsbeteiligung – in das System sozialer Sicherung „einzubauen“, dabei muss die Datenschutzproblematik der gesammelten Daten berücksichtigt werden.

**Antrag wurde angenommen!**

### **Inklusion qualitativ gestalten! (03.07.2013, Antragssteller Kreisvorstand)**

„Derzeit gibt es in Düsseldorf 19 Förderschulen mit jeweils eigenen, unterschiedlichen Profilen und Leistungsangeboten. Die derzeitigen Pläne der Landesregierung für die Umsetzung der Inklusion im Schulbereich gefährden diese Vielfalt und drohen zu baldigen Schulschließungen zu führen. Die FDP fordert einen sofortigen Stopp der Schließung von Förderschulen lediglich auf der Basis eines Verordnungsentwurfs. Die Wahlfreiheit für Eltern muss ebenso wie die bestmögliche Betreuung der Kinder im Vordergrund stehen. Es darf deshalb nicht zu einer blinden Auflösung von Förderschulen und insbesondere aller Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung kommen. Stattdessen ist die Sicherung eines flächendeckenden Förderschulangebots in allen sieben Förderschwerpunkten in zumutbarer Entfernung für alle Kinder in ganz NRW gesetzlich festzuschreiben. Hierbei sind Verbundschulen eine gute Möglichkeit, Schulstandorte auch längerfristig zu sichern. Fusionen von Förderschulen, wie unlängst zwischen der Johann-Heidsiek-Schule und der Gericus-Schule geschehen, sind eine richtige Antwort auf sinkende Schülerzahlen und werden von der FDP begrüßt. Die Stadt muss im Rahmen des Möglichen bei baulichem Veränderungsbedarf tätig werden, wenn ansonsten sinnvolle Fusionen ausbremsen würden.“

Im Zuge der schrittweisen Integration von Förderschülern an Regelschulen ist die Landesregierung aufgefordert, rechtzeitig spezifische Vorgaben zu den Klassengrößen von Inklusionsklassen, der Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Inklusionsklasse sowie der personellen Ausstattung dieser Lerngruppen vorzulegen. Die Düsseldorf durch die Umsetzung der Inklusion entstehenden Mehrkosten müssen im Sinne des Konnexitätsprinzips durch das Land getragen, Kostenfolgeabschätzungen vorgelegt werden.

Bei der Umsetzung der Inklusion an Regelschulen sind Kriterien festzulegen, nach welchen Vorgaben Schwerpunktschulen ausgewählt werden. Es ist sicherzustellen, dass schulformspezifischen Leistungs- und Qualitätsansprüchen umfassend Rechnung getragen wird. Inklusion darf nicht zur Aushöhlung von Bildungsgängen missbraucht werden und eine erneute Schulstrukturdebatte durch die Hintertür anstoßen. Statt alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterbringen zu wollen, fordern wir die Öffnung von Förderschulen für Regelschüler, ohne die Umwandlung der Schulform. Hierzu befürworten wir einen entsprechenden Versuch in Düsseldorf. Hierdurch kann der Erhalt von Förderschulen auch jenseits von wünschenswerten Fusionen und Kooperationen untereinander befördert werden.

Letztlich muss die Qualität des Lehramtsstudiums für Sonderpädagogik erhalten bleiben. Im Rahmen des allgemeinen Lehramtsstudiums müssen zwingend Elemente für den sonderpädagogischen Bereich eingebaut werden. Auf kommunaler Ebene wollen wir unter Einbeziehung der anderen staatlichen Ebenen eine an klaren Kriterien orientierte Qualifizierung von Integrationshelfern. Dies kann in Stufen geschehen, um den jeweiligen, an den entsprechenden Behinderungen der Kinder ausgerichteten Erfordernissen gerecht zu werden.“

**Antrag wurde angenommen!**

**FDP wird Partei aller Menschen (12.10.2013, Antragssteller Chris Pyak)**

Der Kreisvorstand der FDP Düsseldorf bereitet schnellstmöglich in Zusammenarbeit mit Herrn Pyak zwei gezielte Neumitgliederkampagnen vor:

Die erste Kampagne wirbt gezielt bei liberalen Frauen für eine Mitgliedschaft in der FDP. Die zweite Kampagne wirbt gezielt bei liberalen Einwanderern und Einwandererkindern für eine Mitgliedschaft in der FDP.

Der Kreisvorstand beauftragt einen Hauptverantwortlichen für die Umsetzung der Kampagne.

Die überzeugendste Werbebotschaft ist die aktive Empfehlung durch bestehende Mitglieder. Dem Kreisvorstand wird darum empfohlen, bei der Erstellung der Kampagne auf die Mitwirkung der bestehenden Mitglieder des Kreisverbandes zu setzen.

Die Parteimitglieder erhalten Unterstützung in Form eines festen Ansprechpartners, Schulungen und Argumentationshilfen.

**Antrag wurde angenommen!**

**Zusammenarbeit FDP und CDU im Stadtrat (12.10.2013, Antragssteller Kreisvorstand)**

Der FDP Kreisverband Düsseldorf strebt an, die erfolgreiche Zusammenarbeit von FDP und CDU im Stadtrat seit 1999 über das Jahr 2014 hinaus fortzusetzen.

Auch die Aufgabenteilung zwischen dem Oberbürgermeister Dirk Elbers und der Ersten Bürgermeisterin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat sich bewährt. Daher möchten wir in dieser Konstellation zum Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner Düsseldorfs die Zukunft weiter nach der nächsten Wahl gestalten.

In den Jahren der Zusammenarbeit konnte die Schuldenfreiheit der Stadt erreicht werden. Steuererhöhungen gab es im Gegensatz zu vielen anderen NRW-Kommunen nicht. Düsseldorf bietet den Menschen heute mehr Chancen durch mehr Arbeitsplätze, mehr soziale Absicherung, beitragsfreie Kindergärten, eine vielfältige Schullandschaft und eine moderne Infrastruktur und Stadtentwicklung. Für diese Politik stehen wir auch in der Zukunft.

**Antrag wurde angenommen!**

**Stadtfinanzen - Verschuldung verbieten (12.10.2013, Antragssteller Mirko Rohloff, Manfred Neuenhaus, Thomas Nicolin, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann)**

Der FDP Kreisverband Düsseldorf begrüßt und unterstützt die Initiative der FDP- Ratsfraktion ein Verschuldungsverbot in der Stadtverfassung verbindlich festzuschreiben.

Die Düsseldorfer Liberalen wollen ein Verschuldungsverbot aktiv vorantreiben und sich gegenüber dem Koalitionspartner dafür einsetzen, ein solches noch vor den Oberbürgermeister- und Kommunalwahlen im Jahr 2014, in der städtischen Satzung verbindlich zu verankern.

**Antrag wurde angenommen!**